

Deutscher Bundestag

19. Wahlperiode

Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union

Entschließungsantrag

der Fraktion der AfD

zur Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Europäischen Rat, den Rat und die Europäische Zentralbank - Weitere Schritte zur Vollendung der Wirtschafts- und Währungsunion Europas: Ein Fahrplan

KOM(2017) 821 endg.

hier: Stellungnahme gegenüber der Bundesregierung gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Grundgesetzes

Der Deutsche Bundestag wolle die folgende Entschließung gemäß Artikel 23 Absatz 2 des Grundgesetzes annehmen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Kommission legt in ihrer Mitteilung ihre bisherige Einschätzung zum Umgang mit der Euro- und Schuldenkrise, die bereits getroffenen Maßnahmen sowie ihren weiteren Fahrplan zur Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion über einen Europäischen Währungsfonds, eine Finanzunion, einen europäischen Wirtschafts- und Finanzminister, eine Fiskal- und Wirtschaftsunion sowie demokratischen Steuerungselementen in bekannter Manier vor.

Bereits die Einschätzungen zu den getroffenen Maßnahmen und ihrer ursprünglichen Notwendigkeit ignorieren ein wichtiges Element. Die Kommission legt dar, dass erst durch die Wirtschafts- und Finanzkrise von 2008 die institutionellen Schwächen des Euro-Systems offenbart wurden. Dabei wird in keinem Wort darauf eingegangen, dass exakt dieser Aspekt, nämlich der Anreiz zur und die letztendliche Überschuldung von einzelnen Mitgliedstaaten ein wesentlicher und massiver Kritikpunkt schon vor Einführung des Euro an Selbigem war. Eben daher kamen die offensichtlichen Bedenken um die Jahrtausendwende, dass Deutschland für die Schulden anderer Länder aufkommen müsste und die abwiegelnde Beruhigung der Befürchtungen auf die Maastricht-Kriterien. Keine sieben Jahre nach voller Einführung des Euro war die Überschuldung einiger Euro-Mitgliedstaaten bereits so weit

vorangeschritten, dass bei der erstbesten Krise, das ganze System beinahe implodierte. Ebenso unwirksam zeigten sich die Maastricht-Kriterien, die dem Bürger als niet-und-nagel-sicherer Abwehrmechanismus verkauft wurden. Die Staaten sollten in diesem mehr oder weniger selbst darauf achten, sich nicht zu überschulden, analog zu einem Dackel, der den Wurstvorrat bewachen soll. Das Ergebnis ist jedem bekannt.

Nun muss sich die Frage gestellt werden, warum sehenden Auges durch die EU in dieses Debakel hineingesteuert wurde. Oder aber, ob es nicht von Anfang an Zweck des Euro war, genau diesen Zustand herbeizuführen, um sodann mit dem teilweise bereits in den letzten Jahren umgesetzten sowie den in diesem Fahrplan skizzierten Vorhaben, eine rein auf EU-Ebene zentralisierte Fiskal- und Wirtschaftspolitik durchzusetzen: Eine Entmachtung nationaler Fiskal- oder Wirtschaftspolitik und Gleichschaltung auf EU-Ebene, abseits wesentlicher demokratischer Einflussmaßnahmen. So kann die EU, welche laut Verträgen per se keine Kompetenz in Fiskal- und Wirtschaftspolitik hat, diese elementaren nationalen Hoheitsrechte auf Basis einer quasi selbst geschaffenen Notwendigkeit oder „Alternativlosigkeit“ an sich ziehen.

Es war keineswegs überraschend, dass der Euro diverse Mitgliedsstaaten rapide in eine Schuldenfalle manövriert hat und die Überraschung war eher, dass es so schnell, bereits ab 2008 sehr offensichtlich wurde. Die Pfadabhängigkeit der Politik(er) in ihrem Unwillen die ursprünglich beanstandete und sodann für jedermann offensichtliche Euro-Fehlkonstruktion zuzugeben, machte sodann der EU den Weg frei, dieser Misere nur noch über eine „gemeinsame Fiskal- und Wirtschaftspolitik“ sowie allerhand Schulden-Sozialisierungsmechanismen, kryptisch EFSF, ESM, Bankenunion genannt und einer abseits jeder Regeln agierenden EZB, Einhalt zu gebieten. Dabei wird die einfachere, verhältnismäßigere und nachhaltigere Alternative, eine Reform oder Abschaffung des Euro-Systems selbst, einfach verschwiegen.

Daher ist die Einschätzung der Kommission, dass erst die Krise 2008 überraschend die Schwächen des Euro offenbarte, entweder einfach nur falsch oder absichtlich irreführend. Dies gilt folglich auch für alle bisher getätigten und noch beabsichtigten Maßnahmen der EU zur „Euro-Rettung/Stabilisierung“, denn diese sind keineswegs alternativlos. Von den Maßnahmen der sich immer noch als „unabhängig“ gerierenden EZB soll hier noch gar nicht die Rede sein. Es scheint eher, als wolle sich EU und EZB samt ihrer eigenen Arbeitsplätze selbst retten und dabei auch ihre Machtbefugnisse sukzessive ausweiten.

- „Europäischer Währungsfonds“

Demzufolge ist ein „Europäischer Währungsfonds“ auch höchst kritisch zu sehen. Erstens, wegen des sukzessiven Machtausbaus der EU. Zweitens, wegen der so weiter institutionalisierten Haftungsmechanismen, welche das Grundversprechen zum Euro unterlaufen. Drittens, hat, entgegen der Behauptung der Kommission, der ESM sich noch keineswegs bewiesen. Das wird sich erst zeigen, wenn der ESM sich einer wahrhaftigen neuen Finanzkrise und Feuerprobe zu stellen hat. Den ESM heute zu feiern, erinnert an die Lobpreisungen des Euros von 2005 bis 2007. Viertens, besteht das nach wie vor ungelöste Problem der Bankenhaftung im ESM. Während die Kommission darlegt, dass sich die Risiken des Finanzsektors in den letzten Jahren reduziert hätten, warnt beispielsweise gleichzeitig die EZB als Brandstifter vor dem selbst durch die Null-Zins-Politik entfachten Brand im Rahmen einer europäischen Immobilienblase. Sie warnt eindringlich vor verstärkten Risiken am Finanzmarkt in Hinblick auf Hypothekenkredite. Es ist im Finanzmarkt ein offenes Geheimnis, dass einiges weit wackliger steht als noch 2008 und im Immobilienbereich hat die EZB (erneut sehenden Auges) selbst einen Zustand herbeigeführt als hätte sie von der Lehman-Pleite nie gehört oder gelesen.

- „Finanzunion“

Die europäische Einlagensicherung ist ein erneuter Mechanismus zur Verallgemeinerung von europaweiten Schulden auf Kosten der deutschen Bürger. Er ist daher durch die deutsche

Volksvertretung klar abzulehnen. Analoges gilt für die Bankenunion. Beide forcieren eher ein Zocker-Verhalten der Banken, da Risiken oder Verluste über diese Mechanismen sozialisiert werden können, während die Gewinne und Vorteile erfolgreich realisierter Risiken individualisiert bleiben. Ein solches System erinnert an den Euro selbst. Nur statt den Nationalstaaten werden hier die Banken und ihre Einlagen in eine Union überführt. Der Euro sorgte auch nicht für mehr Stabilität. Eher wurde durch das Euro-Konstrukt, die reduzierten Zinsen und die Möglichkeit zur Schuldensozialisierung die Schieflage einzelner Staaten geradezu forciert und zudem noch zu einem regelrechten Garant für einen Flächenbrand. Selbiges gilt für die Bankenunion und die europäische Einlagensicherung. Diese Argumente via einer EU-weiten Bankenaufsicht entkräften zu wollen, erinnert an die Maastricht-Chimäre beim Euro. Bei der Bankenunion und der europäischen Einlagensicherung hat sich erneut die deutsche Politik vom Finanzmarkt vor sich her treiben lassen und eine solche Verlustsozialisierung hat nichts mit dem Wort Solidarität zu tun.

- „Fiskalunion“ und „Wirtschaftsunion“

Die EU hat hier schlicht keine Kompetenz. Die deutsche Volksvertretung kann sich hier nicht auf Basis einer Augenwischerei namens Alternativlosigkeit blenden lassen. Fiskalische Fragen sind ein nationales Hoheitsrecht. Der Eingriff der EU und die nationale Entmachtung sind in mittel- und langfristiger Sicht unverhältnismäßig angesichts der Alternativen zur Reformierung oder Abschaffung des Euro-Systems. Entsprechend bedarf es auch keines europäischen Finanz- und Wirtschaftsministers, zumal auch die Wirtschaftspolitik eine im Wesentlichen nationale Hoheit ist und die EU durch ihre Gesetzgebung bereits jetzt viel zu weitreichend und oft abseits der Lissabon-Vertrags-Befugnisse eingreift.

- „Demokratische Rechenschaftspflicht und intensivierete Steuerung“ sowie die EZB

Hier scheint der Grundsatz zu herrschen: das Wort „Demokratie“ muss nur erwähnt werden, dann ist ihr auch genüge getan. Gerade in Hinblick auf die „Euro-Rettung“ ist die Erwähnung der demokratischen Komponente, vor allem angesichts der weitreichenden Verwendung öffentlicher Gelder sowie den Handlungen einer renegaten EZB geradezu ein Hohn. Die diversen Maßnahmen der EZB, welche den Löwenanteil der „Euro-Rettung“ ausmachten, sind bar jeder demokratischen Kontrolle und haben weitreichende Auswirkungen auf viele Bürger des Euro-Raums, gerade deutsche.

Ebenso kann die Unabhängigkeit und Marktneutralität der EZB mittlerweile problemlos in Frage gestellt werden. Es scheint, dass die EZB ihre „Unabhängigkeit“ lediglich auf ihr Verhältnis zur eigenen Satzung bezieht. Erst vor wenigen Wochen kündigte die EU-Kommission an, ca. 250 Mrd. Euro jährlich mehr an Kapital für die sogenannte „Klimarettung“ zu benötigen, den Großteil möchte sie durch Umlenkung von Privatkapital erreichen. Kurze Zeit später kündigt die EZB (überraschend) an, auf dem Sekundärmarkt insbesondere in „grüne“ Wertpapiere investieren zu wollen, samt eines konsternierten und frustrierten Bundesbankchefs. Weder ihre eigene Satzung, noch die Marktneutralität scheinen der EZB noch von Bedeutung zu sein. Die damit beschlossene „Grüne Blase“ auf dem Wertpapiermarkt, wenn eine Zentralbank mit der Notenpresse hier in Käufe einsteigt, die einhergehenden Anreize für einen Betrugsboom und die Vernichtung von Privatkapital nach Platzen der Blase analog zum Dot-Com-Fall sind für die EZB irrelevant, solange nur schnell genug Kapital in den grünen Wertpapiersektor fließt.

Auch beim „Europäischen Stabilitätsmechanismus“ (ESM) erfolgte eine schwere Irreführung. Erst wurde dem Bürger dargelegt, dass der ESM klar die direkte Refinanzierung von Banken ausschließt, nur um diese Regel keine zwei Jahre nach dessen Einführung Ende 2014 abzuschaffen. Und dass, obwohl vollkommen klar ist, dass der ESM kaum den Kollaps zweier größerer Geldinstitute auffangen könnte, noch dafür geschaffen wurde. Auch hier wurde die Pfadabhängigkeit der Politik glasklar ausgenutzt. Statt eines Primats der Politik, wird im Rahmen des Euro-Rettungs-Mantras die deutsche Bundespolitik von der EU und der Finanzwelt wie eine Herde vor sich her getrieben. Zudem sind bspw.

die Exekutivmechanismen des ESM demokratisch so dünn gestaltet, dass sie als homöopathisch bezeichnet werden können.

Daher ist die bloße Nennung von „demokratischer Rechenschaftspflicht“ im Zusammenhang mit fiskal- oder wirtschaftspolitischen Maßnahmen der EU oder der EZB, geeignet als eine offensichtliche Irreführung der Bürger bezeichnet zu werden. Dies wird auch durch die sukzessive Entmachtung bzw. Umgehung nationaler Parlamente durch EU und EZB seit dem Lissabon-Vertrag und der Eurokrise deutlich untermauert. Entsprechend ist die weitere Entmachtung nationaler Parlamente durch Währungsfonds, Fiskal-, Finanz- und Bankenunionen nicht durch die wiederholten Platituden „demokratischer Rechenschaftspflicht“ von EU-Institutionen zu entkräften. Die verlässlichere Lösung ist es die fiskal- und wirtschaftspolitischen Mechanismen dem deutschen Gesetzgeber weiter unterstellt zu lassen sowie teilweise zurückzuführen, um die demokratische Rechenschaftspflicht zu gewährleisten, statt sich erneut blenden zu lassen und zu einer weiteren Entdemokratisierung innerhalb der EU beizutragen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:
 1. Einer weiteren Vertiefung der Wirtschafts- und Währungsunion entgegenzuwirken, insbesondere keine weiteren fiskal- oder wirtschaftspolitischen Befugnisse auf EU-Ebene zu übertragen.
 2. Sich in der Euro-Gruppe für eine Änderung der ESM-Verträge einzusetzen mit der Zielsetzung der Abschaffung der direkten Rekapitalisierungs- oder Subventionierungsmöglichkeit von Banken durch den ESM sowie der Stärkung der demokratischen Einflussrechte nationaler Parlamente auf die Handlungen des ESM.
 3. Im Rat der EU auf eine Änderung der Satzung des Europäischen Systems der Zentralbanken und der EZB hinzuwirken, welche die Verletzung der Marktneutralität der EZB ausdrücklich und unmissverständlich verbietet und die EZB zumindest rudimentär zurück in die Tradition einer auf deutschem Boden operierenden Zentralbank holt.

Berlin, den 13.12.2019

Dr Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion